

„Sortieren ist menschenunwürdig“

BILDUNGSPOLITIK Bei einer internationalen Tagung in Forchheim wurde die Ganztagschule auf breiter Ebene als zukunftsweisend eingestuft.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
MICHAEL SCHULBERT

Forchheim – „Sie wollen nur Ihren Mittelstand bedienen und mit Hauptschülern nichts zu tun haben. Das ist niederträchtig!“ Die Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbandes, Isabell Zacharias, knallte das Mikrofon auf den Tisch. Adressat ihres Ausbruchs war Hans-Peter Kempf, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Real- und Lehrerverbandes, der zuvor für mehr Kontinuität in der Bildungspolitik plädiert hatte.

Aber damit erntete Kempf nur Buhrufe bei den Zuhörern der emotional geführten Podiumsdiskussion, die den Abschluss einer zweitägigen, mit 280 Teilnehmern international besetzten Tagung zum Thema „Ganztagschule – Forschung, Erfahrungen, Praxis“ bildete. Ansonsten waren die Redner allesamt der Ansicht, dass sich

grundlegend etwas ändern muss im deutschen Bildungswesen. Das „Sortieren“ der Zehnjährigen sei „menschenunwürdig“, sagte Sieghard Schramm vom Bayerischen Städtetag: „Lehrer dürfen nicht zu Selektierern gemacht werden.“

„Wir müssen Schule neu denken“, zog der Forchheimer Schulamtsdirektor Gerhard Koller denn auch das Fazit aus dem Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftlern einerseits sowie Eltern und Pädagogen andererseits. Dass der Ganztagschule in der Reform eine Schlüsselrolle zufällt, scheint unbestritten. Fritz Schäffer vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband hält allerdings nichts davon, hier nach Schular- ten zu differenzieren. Die Ganztagschule sei ein Element für alle; am sinnvollsten wäre ihre Einführung an den Grundschulen. Walter Froncek vom Bayerischen Philologenverband wies

darauf hin, dass man für ganztägigen Unterricht auch die Ressourcen brauche. Als sich stellvertretender CSU-Fraktionsvorsitzender Karl Freller als Anhänger der Ganztagschule outete, konnte sich Moderatorin Christine Burtscheidt (Süddeutsche Zeitung) die Nachfrage nicht verkneifen, ob es auch nach der Wahl möglich sei, Mittel dafür frei zu bekommen. „Ich gehe davon aus, dass das Thema genügend Eigendynamik bekommt“, konstatierte Freller.

Das hörte Hans-Ulrich Pfaffmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD Bayern, gerne und schlug denn auch gleich vor, die Gelder für den Transrapid ins Bildungswesen zu stecken.

Sebastian Nähr vom Landeschülerrat bedauerte mangelndes Mitspracherecht der Schüler. Zustimmung erhielt er für den Hinweis, dass sich auch an der Lehrerausbildung einiges ändern muss.